Kanonen statt Brot?

Franz Segbers

Forum Friedensethik / Karlsruhe am 7.11.2025

„Die Zeiten des Paradieses sind vorbei“, so bereitete der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz die Gesellschaft noch vor seiner Amtseinführung auf harte Sozialkürzungen vor. Man hätte also wissen können, was kommt. Noch vor seiner Wahl zum Bundeskanzler sprach Merz von «überbordenden Sozialausgaben». Und jetzt heißt es: „Wir können uns das System nicht mehr leisten. Wir leben über unsere Verhältnisse.“ Er fügte die Drohung an: „Ich werde mich durch Worte wie ‚Sozialabbau‘ oder ‚Kahlschlag‘ nicht irritieren lassen.“ Es war immer schon neoliberale Grundüberzeugung, dass die Menschen über ihre Verhältnisse leben würden und deshalb der Gürtel enger zu schnallen sei. Die neueste Version dieser Doktrin lautet, dass die Sozialausgaben gekürzt werden sollten, um im Rüstungswettlauf gegen Putin bestehen zu können. Merz hat angedroht, dass auf die Zeitenwende von Bundeskanzler Olaf Scholz eine Epochenwende folgt.

Dabei hätten wir es wissen können: Seit Monaten wird von Konservativen und Neoliberalen samt ihren Leitmedien kampagnenartig Stimmung gegen den Sozialstaat gemacht. Spitzenpolitiker nutzten ihre Sommerinterviews für Bürgergeld-Bashing. Mit der Reform von Hartz IV hatte einst die Ampel einige Verbesserungen für Transferleistungsbezieher/innen geschaffen.. Dabei ist das Bürgergeld keine Versicherungs-, sondern eine Grundsicherungsleistung, ein Grundrecht, das allen Erwerbsfähigen zusteht, deren soziokulturelles Existenzminimum nicht gewährleistet ist.

Die Attacken gegen Bürgergeldbezieher fingen kampagnenartig vor einem Jahr an. Linnemann redet von 200.000 Bürgergeldbeziehern, die arbeitsfähig seien und Bürgergeld bekommen. Er rückte ein kleine Minderheit im Promillereich in den Mittelpunkt. Sie ist so gering, dass die Bundesagentur für Arbeit keine genauen Zahlen ausweisen kann, sondern die Weigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses statistisch zusammengeführt. Natürlich weiß Linnemann, dass das Bundesverfassungsgericht im November 2019 entschieden hat, dass eine Kürzung von 100 Prozent nicht zulässig ist. Das Existenzminimum sei zu schützen. – Doch das ficht ihn nicht

an. Diese Minderheit hat es in den Koalitionsvertrag geschafft. Man will 30 Milliarden Euro sparen, dann waren es nur 10 Milliarden und zuletzt sieht Merz ein Einsparpotenzial von 5 Milliarden Euro. Jetzt, wo der Gesetzentwurf vorliegt, könnten mit real Einsparungen von 69 Millionen. „keine nennenswerten Einsparungen“ – so die Sozialministerin - zusammen kommen. Dafür wurde die Gesellschaft gespalten und der arme Menschen diffamiert!

Kommen wir zu den Fakten:

Die Ampel-Koalition hatte bereits im März 2024 die Möglichkeit für Totalsanktionen geschaffen, also des vollständigen Leistungsentzugs. Eine neue Studie des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit hat nachgerechnet: Im Zeitraum von April 2024 bis Juni 2025 gab es Totalverweigerer im „niedrigen zweistelligen Bereich“ und genau 455 Fälle von Totalsanktionierungen – bei rund vier Millionen Leistungsberechtigten. Das zeigt: Linnemann fehlt fachliches Wissen, Ehrlichkeit und Respekt. Für eine CDU, die ihren Parteinahmen „christlich“ ernstnimmt, gilt das biblische Gebot: „Du sollst kein falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ Sollte Herr Linnemann die Fakten nicht gekannt haben, dann sollte er sich bei den armen Menschen entschuldigen. Und wenn er sie kennt und dennoch so redet, dann ist es eine Art Volkverhetzung.

Eine zweite Tatsache ist:

Gesagt wird: Die Bürgergeld-Ausgaben steigen. Falsch – sie sinken sogar. Sowohl im Verhältnis zum Bundeshaushalt wie auch im Verhältnis zum BIP sinkt die Belastung durch die Sozialleistungen für Bürgergeldbeziehern.

Warum der harte Ton gegen Arme? Es geht gar nicht um die Lösung eines vermeintlich gravierenden gesellschaftlichen Problems. Meine These lautet: Die haltlosen und faktenfreien Attacken gegen Bürgergeldbezieher sind ein Test dafür, ob sich drastischere Sozialkürzungen, die dann uns alle betreffen, ohne größeren Widerstand durchsetzen lassen. Zur Erinnerung: Als Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 ankündigte, gab es noch massenhafte Montagsdemonstrationen. Diese gibt es heute nicht mehr. Die Entsolidarisierung ist vorangeschritten, die Solidarisierung bleibt aus. Deshalb geht es jetzt gegen die sozialen Rechte bei Rente, Pflege und Gesundheit von allen.

Wir erleben eine Dreitakt: Zuerst die militärischen Zeitenwende, dann eine fundamentale fiskalpolitische Zeitenwende mit dem Abrücken vom Dogma der Schuldenbremse, und jetzt einen Epochenbruch mit dem Sozialstaat, der im 20. Jahrhundert erkämpft wurde..

Union und SPD hatten noch vor Regierungsantritt mit der Lockerung der Schuldenbremse für die Militärausgaben und der Bereitstellung eines Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für Investitionen eine fundamentale fiskalpolitische Zeitenwende eingeleitet: Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von einem Prozent des Bundeshaushalts sollen von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen werden. Es gibt also keinen politisch definierte Grenze für die Aufrüstung. Es ist eine schuldengetriebene Hochrüstung.

Die Nato hat beschlossen, sich hinter die Forderung von US-Präsident Donald Trump zu stellen, bis 2032 die Militärausgaben fünf Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Was bedeutet diese Forderung?

Der neue Bundeshaushalt für 2026 beträgt 520 Mrd. Euro. Fünf Prozent der Wirtschaftsleistung für den Militäretat bedeuten etwa 225 Milliarden Euro, somit über 45 Prozent des Bundeshaushalts fürs Militär, die Bundesregierung schon 2029 für das Militär ausgeben will – fünf Jahre früher, als es die NATO fordert. Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu erkennen, dass diese Ausgabenpolitik zwingend Sozialkürzungen nach sich ziehen muss. Wenn der Wehretat wie geplant bis zum Jahr 2029 auf 152,8 Mrd. Euro verdreifacht wird und Steuererhöhungen ausgeschlossen werden, dann lässt sich der Sozialstaat in seiner bisherigen Form nicht erhalten.

Merz kündigte einen „Herbst der Reformen“ an: Er spricht von einem Epochenbruch beim Sozialstaat. Es kam jedoch kein öffentlicher Widerstand, sondern ein Wunschkatalog von Neoliberalen:
Hört man den Vertretern der Bundesregierung aufmerksam zu, wird deutlich, dass es hier nicht um minimale Sozialreformen geht, sondern um die weitestgehende Zerstörung von sozialer Sicherheit und gewerkschaftlichen Errungenschaften. Regierungsberater fordern, die „Verrechtlichung ganzer Lebensbereiche endlich zu beenden“. Nicht zufällig also wird

- die Abkehr vom Acht-Stunden Tag diskutiert,
- Einschränkungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- die Streichung von Feiertagen
- die Rente mit 70 oder 72.
- Die Arbeitgeberverbände haben kürzlich sogar vorgeschlagen, dass gesetzlich Versicherte bei Arztbesuchen in Vorkasse treten sollen.
- Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall fordert drastische Einschnitte im aufgeblähten Sozialsystem. Mit einer pauschalen Kürzung aller Ausgaben um fünf Prozent sollen über 40 Milliarden Euro eingespart werden. Minus fünf Prozent pauschal bei allen

Sozialausgaben. Eine Ausgabenkürzung um fünf Prozent hätte damit ein Volumen von mehr als 40 Milliarden Euro.

- Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm fordert, Renten und bei der Pflege zu kürzen. Sie fordert, das gesetzliche Renteneintrittsalter bis zu einer 69-Jahre-Grenze Anfang der 2070er Jahre anzuheben.
- Andere fordern, die 2012 abgeschaffte Praxisgebühr wiedereinzuführen.
- Aus der CDU kommt der Vorschlag eines Basistarif in der Krankenversicherung. Ein Paket für die kleinen Leute – und wer mehr will, darf sich die Extras dazukaufen. In Wahrheit bedeutet es: die Armen bekommen nur noch das absolute Minimum, die Reichen kaufen sich Gesundheit. Das ist keine Reform, das ist Klassenmedizin mit Ankündigung. Klartext: Die Armen dürfen früher sterben. Die Reichen leben länger.
- Die Pflegstufe 1 soll abgeschafft werden. Dabei wurde sie eingeführt, um gerade bei Demenzkranken Unterstützung zu organisieren. Die Folgen würden mehr als 860.000 Menschen und deren Angehörige treffen.

Mein Eindruck ist allerdings: Die Bundesregierung wird nicht wie etwa bei der Agenda 2010 mit einem Schlag ein großes Reformpaket auf den Tisch packen. Gegenwärtig arbeiten Kommissionen an der – wie sie es ausdrücken – Reformierung der Pflege-, der Kranken- und der Rentenversicherung. Wenn diese Kommissionen ihre Reformvorschläge zu unterschiedlichen Zeitpunkten präsentieren und die entsprechenden Gesetzentwürfe zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die parlamentarischen Verfahren gehen, dann ist das die bekannte Taktik des Aufschneidens einer Salami. Darauf sollten die Gewerkschaften, Kirchen und soziale Bewegungen eingestellt sein und schon jetzt in den gemeinsamen Diskurs über die Verteidigung des Sozialstaates eintreten.

Hessens Ex-Ministerpräsident Roland Koch hat kürzlich erklärt, bessere sich die wirtschaftliche Lage nicht bald, dann müsse es „zwingend so harte Einschnitte bei den Sozialsystemen geben, dass demokratische Verwerfungen zu befürchten wären“. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Konservativen die Koalition mit der AfD vorbereiten.

Um die Konjunktur wieder anzukurbeln, werden derzeit zweierlei Maßnahmenpakete in den Blick genommen. Das ist einerseits Deregulierung und Kostensenkung und zum anderen Militarisierung und Aufrüstung. Letzteres stellt den Versuch dar, über die Stärkung Deutschlands als militärischer Führungsmacht wieder ökonomische Stärke herzustellen. Finanzminister Lars Klingbeil hat gefordert, nach 80 Jahren der Zurückhaltung müsse Deutschland wieder zu alter Führungsstärke zurückfinden. Wenn er von 80 Jahren der Zurückhaltung spricht, dann

spricht er nicht von politischer oder ökonomischer Zurückhaltung, die gab es nämlich für den Exportweltmeister Deutschland nie; er spricht vielmehr von militärischer Zurückhaltung. Das heißt, die aktuelle Deindustrialisierung und die Krise der Automobilindustrie wird zum Motor der Militarisierung. Baden-Württemberg will die Rüstungsbranche zu einem neuen industriellen Schwerpunkt aufwerten und strebt dabei in möglichst vielen Rüstungssparten „Technologie-Führerschaft“ an.

Wir befinden uns an einer historischen Wegscheide:

Entweder der Um- und Abbau des sozialen Sicherungssystems wird fortgesetzt und der Übergang vom Sozialversicherungsstaat zu einem Fürsorge- und Almosenstaat besiegelt oder es gibt einen Neuanfang in Richtung des Ausbaus zu einer solidarischen Bürgerversicherung.

Ob nun 3,5 oder fünf Prozent – die Spekulanten freut’s: Die Ankündigung des 5 Prozent Ziels sorgten umgehend für eine erneute wahre Kursexplosion an der Frankfurter Börse. Der Aktienkurs des Rheinmetall-Konzerns legte sofort um mehr als fünf Prozent zu, Hensoldt sechs Prozent und Renk 3,5 Prozent.

Der Haushalt für 2025 sieht vor: Über 500 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 80 Milliarden, inklusive der Sondervermögen von 140 Milliarden als Kreditaufnahme. Der Rüstungsetat ist zum zweitgrößten geworden. Möchten Sie eine Milliarde Euro, für die die Bunderegierung jetzt Schulden aufgenommen hat mit 500-Euro-Scheinen aufstapeln, wäre ein Geldstapel von 220 Metern notwendig.

Was bedeuten diese ungeheuren Summe für das Leben in Deutschland, wenn für die Aufrüstung etwas doppelt so viel ausgegeben wird wie der Bundeszuschuss zur Rente in der Höhe von 121Mrd. Euro? Zur Erinnerung: 5 Prozent waren 225 Milliarden Euro

Militärische Zeitenwende: Wer zahlt?

Für Ökonomen sprechen von einer Alternative «Kanonen oder Butter». Hinter dieser blumigen Formulierung steht die Alternative für Ökonomen: Entweder Wohlstand– also Butter – oder Kanonen – also Aufrüstung. So stellte Clemens Fuest, Präsident des Münchener Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, sofort nach der Ausrufung der Zeitenwende die ökonomische Entscheidungsfrage: «Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.« Der damalige Bundesfinanzminister Christian Lindner unterstützte Fuest forderte umgehend ein mehrjähriges Moratorium bei Renten und Sozialausgaben. Die Neoliberalen nutzen also die Gelegenheit für einen

Angriff auf den Sozialstaat und die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung: **Kanonen** statt Butter.

Doch der wirkliche Elefant im Raum mit der astronomischen Kosten der Militarisierung sind die Lücken: Es fehlen im Haushalt 2025 bereits unvorstellbare 30 Mrd. €. Im Bundeshaushalt tut sich eine gigantische Lücke von 172 Mrd. Euro in den Jahren von 2027 bis 2029 auf. Das ist erst der Anfang, denn die unbegrenzte Schuldenaufnahme für die Militarisierung verdoppeln die zu zahlenden Schuldzinsen bereits 2029 auf 62 Mrd. €. Diese Zinsen sind pünktlichst zu bezahlen, sonst leihen die Reichen dem Staat kein Geld mehr. Ein solches Haushaltsloch hat es in der Geschichte der Bundesrepublik nicht gegeben.

Wie soll dieses Riesenloch gestopft werden? Wer zahlt mit welchen Kürzungen? Wer zahlt nicht? Der Finanzminister hofft auf Wachstum, mehr Jobs und sprudelnde Steuerquellen. Darüber hinaus will er Superreiche stärker besteuern. Merz, Reiche, Linnemann und Co. wollen lieber Sozialleistungen – Bürgergeld, Wohngeld, Flüchtlingshilfe, et cetera – kürzen. Steuererhöhungen schließen sie hingegen kategorisch aus.

Die Reform der Schuldenbremse ist ein Blankoscheck für eine militärische Aufrüstung ohne Grenzen, doch für Aufgaben, wie der Bekämpfung von Armut, bessere Kitas und Schulen, Gesundheit und Pflege, Rente, Kunst und Kultur, Schwimmbäder und Bibliotheken, den ökologischen Umbau, wird auch in Zukunft kein Geld da sein oder nur dann, wenn es an einer anderen Stelle zu Umschichtungen im Haushalt kommt. Wer zahlt? Wer zahlt mit welchen Kürzungen und Einschnitten? Rüstung oder Sozialleistungen? Kampfjets statt Kitas?

Verschärfte Verteilungsdebatte

Auf die Zeitenwende folgte die fiskalische Zeitenwende mit der unbegrenzten Aufrüstung. Jetzt folgt der sozialpolitische Zeitenwende. Die Neoliberalen hatten immer schon das Ziel, den Sozialstaat abzubauen. Jetzt wird die militärische Aufrüstung mit Angriffen auf den Sozialstaat begründet, wie es die Bundesrepublik seit der Agenda 2020 nicht erlebt hat. Während die Schuldenbremse für den Bereich des Militäretats ausgesetzt wurde, gibt es Kürzungen im Sozialbereich.

Gefragt, ob sie Kürzung von Sozial-, Umwelt-, Kultur- und Entwicklungsbudgets zur Erhöhung von Verteidigungsausgaben in Deutschland befürworten würden, antworteten 56 Prozent mit «nein» oder «auf keinen Fall». Angesichts dieser eindeutig ablehnenden Haltung

ermunterte Pistorius: «Wir brauchen eine robuste und widerstandsfähige Gesellschaft, die versteht, was auf dem Spiel steht und bereit ist, auf mögliche Sicherheitsrisiken zu reagieren.» Die Gesellschaft soll also auf die Alternative « **Kanonen** statt Butter» eingestimmt werden.

Die Forderung nach massiver Aufrüstung wurde damit begründet wird, die militärische Übermacht Russlands verhindern zu müssen. Man könnte es kurz machen und den amtierenden NATO-Generalsekretärs Mark Rutte zitieren, der am 13. Oktober anlässlich der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana sagte: „Als NATO sind wir 25-mal größer als die russische Wirtschaft. Unser Militär ist dem russischen Militär unendlich überlegen. Was unsere Luftwaffe angeht, so können die Russen mit ihren MiG-31 oder wie auch immer sie heißen nicht einmal im Schatten mithalten, weil sie keine gut ausgebildeten Kampfpiloten sind."

Doch wenigstens ein paar empirische Zahlen, die Rutte Recht geben:

1. Es stimmt nicht, dass die Bundeswehr heruntergewirtschaftet worden wäre.
2. Die USA machen als Spitzenreiter mit 997 Milliarden US-Dollar mehr als ein Drittel (37 Prozent) der weltweiten Militärausgaben aus, mehr als das Dreifache des Zweiten, China, das 314 Milliarden ausgab, gefolgt von Russland mit 149 Milliarden US-Dollar. Deutschland verbrauchte 88,5 Milliarden US-Dollar für das Militär und lag damit erstmals seit der Wiedervereinigung vor allen Ländern Mittel- und Westeuropas auf Platz vier. Dies bedeutet einen Anstieg von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
3. Der jüngste Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI von Ende April 2025 zeigt, dass noch nie in der Geschichte so viel Geld für Rüstung ausgegeben wurde wie im vergangenen Jahr. Danach erreichten die weltweiten Militärausgaben 2024 mit 2,72 Billionen US-Dollar zum zehnten Mal in Folge einen Rekordstand. Das waren inflationsbereinigt 9,4 Prozent mehr als im Vorjahr, der größte jährliche Anstieg seit mindestens 1988.

Was verbirgt sich dann hinter der Propaganda für Kriegsertüchtigung, Wehrpflicht und Kasernenneubau?

Schuldenbremse, Sondervermögen und Umverteilung

Bei Haushaltsdefiziten stehen grundsätzlich drei Wege zur Verfügung: Steuererhöhung, Schuldenaufnahme oder Kürzungen. Seit der neoliberalen Wende wurde die dritte Variante gewählt: Steuerkürzungen und eine Politik der schwarzen 0 durch die Schuldenbremse .

In den letzten Jahren wurden die Steuern auf Einkommen und Vermögen gesenkt, Steuerprivilegien für die Erben, Vermögenden und Überreichen geschaffen. Demnach könnten durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer Einnahmen von jährlich 73 Milliarden Euro generiert werden.

Es gibt keine amtlichen Statistiken über Vermögende. Bis 1997 hat die Bundesrepublik eine Vermögenssteuer erhoben, die bezifferte die Anzahl noch genau. Heute werden reiche Personen anders besteuert – und laut einer Studie weitaus geringer als der Mittelstand. „Die Untersuchung zeigt, dass die tatsächlichen Steuersätze von Superreichen weit unter den vorgesehenen Höchststeuersätzen liegen, während der Mittelstand mit einem höheren Anteil seines Einkommens zum Steuer- und Abgabenaufkommen beiträgt“, resümieren die Autoren. Würden alle Vermögen hierzulande genauso stark besteuert wie in Frankreich, Großbritannien oder den USA, hätte der Staat jedes Jahr 120 Mrd. € mehr Steuereinnahmen. Die Zahl der Milliardäre nimmt zu. Gleichzeitig sinken die Steuersätze, die für Überreiche gelten. Eine Mindeststeuer für Milliardäre und Multimilliardäre würde in Deutschland nur eine kleine Gruppe von 4.500 Haushalte betreffen. Sie würde aber 11 bis 28 Milliarden Euro pro Jahr Mehr Einnahmen generieren. (Netzwerk Steuergerechtigkeit)

Dieser Triumph der Ungerechtigkeit ist politisch gewollt und hat nach dem Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dazu geführt, dass die reichere Hälfte der deutschen Bevölkerung 99,5 Prozent aller Vermögen besitzen und die ärmere Hälfte hingegen nur 0,5 Prozent. So besitzen zwei Familien mehr als die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung, das sind 42 Millionen Menschen. Mehr als die Hälfte aller Privatvermögen werden zudem nicht erwirtschaftet, sondern vererbt oder verschenkt wird. Dann wäre in Deutschland genug Geld da für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem – für ein gutes Leben für alle.

Die Regierung kann für die Militärausgaben grenzenlos Schuldenaufnehmen und für Investitionen 500 Mrd. Die Kreditaufnahme bedeutet eine gigantische Umverteilung. Doch zu wessen Lasten? Die Verschuldung findet nicht zuerst auf Kosten *zukünftiger* Generationen statt, sondern ist vor allem eine Umverteilung zwischen Arm und Reich *innerhalb* einer Generation, nämlich den jetzt Armen und den jetzt Reichen. Es ist jedoch ökonomisch falsch, wenn

behauptet wird, dass mit den Schulden zukünftige Generationen, die Kinder und Enkel belastet würden. Zugespitzt gesagt: Die Vermögenden, denen der Staat zuvor die Steuern gesenkt hatte, leihen dem Staat jetzt das Geld, das er braucht, indem die Vermögenden Staatsanleihen kaufen. Für sie sind die verliehenen Gelder sich vermehrendes Finanzkapital. Schulden und Vermögen sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wenn der Staat sich verschuldet, findet demnach eine Umverteilung von denjenigen statt, die mit ihren Steuern den Darlehensbetrag, die Zins- und Tilgungszahlungen bezahlen, und zu denen hin, die jährlich als Besitzer von Staatspapieren Zinsen kassieren. Diese kassieren weitgehend risikofreie Zinserträge. Das kreditfinanzierte Sondervermögen für die Infrastruktur und für den Militärhaushalt wirken wie eine gigantische Umverteilung von der Gesamtgesellschaft zu den vermögenden Kreditgebern. Statt dass der Staat für die Ausgaben, die der tätigen will, Steuern erhebt, organisiert er über die Kreditaufnahme eine gigantische Umverteilung von der Gesamtgesellschaft zu den Vermögenden. Da die Zinszahlungen für die schuldenfinanzierten Militärinvestitionen aus dem Kernhaushalt und somit über Steuern zu leisten sind, wird beim Sozialstaat, bei Bildung und die Infrastruktur gekürzt.

Im Jahr 2024 beliefen sich die Zinsausgaben des Bundes auf eine Summe von rund 34,2 Milliarden Euro. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass allein 811 Milliarden Euro für Tilgung und Zinsen auf das Sondervermögen für die Infrastruktur in der Höhe von 500 Milliarden Euro entfallen. Der Bundesrechnungshof befürchtet daher das Entstehen einer Schuldenspirale, die den finanzpolitischen Spielraum immer mehr einengt: „In der mittleren Frist wird so ein Bundeshaushalt entstehen, in dem ein ganz erheblicher Anteil für Zinslasten gebunden ist.“

Verteidigungsminister Pistorius hat die Parole ausgegeben: „Mit Sozialleistungen lässt sich kein Land verteidigen.“ Anders gesagt: **Kanonen** statt Butter! Deutschland wird aber verteidigt durch den Sozialstaat, und zwar gegen rechts! Eine Reihe von Studien weisen tatsächlich auf den Zusammenhang von Sparpolitik und dem Anstieg des politischen Extremismus hin.

Eine Studie der Schwedische Reichsbank über die „Politischen Kosten der Austerität“ kommt nach einer Auswertung von Daten von über 200 Wahlen in mehreren europäischen Ländern zu dem Ergebnis: „Die politischen Folgen von Haushaltskonsolidierungen lassen sich empirisch belegen und auf die Formel bringen: Eine Senkung der regionalen öffentlichen Ausgaben um ein Prozent führt zu einem Anstieg des Stimmenanteils der extremen Parteien um

drei Prozent führt.“[1] Diese Studie belegt, dass es nicht reicht, Austeritätspolitik nur ökonomisch zu kritisieren; sie muss auch im Hinblick auf ihre politischen und Konsequenzen kritisiert werden. Deshalb reicht es nicht, nur den Rechtstrend zu kritisieren. Die sozialen Auswirkungen neoliberaler Austeritätspolitik ist das Grundübel. Wie die steigende Zustimmungsrate für die AfD zeigt, lassen sich die Wählerinnen und Wähler nicht einmal von einer AfD, die als gesichert rechtsextrem gilt, abschrecken. Denn sie richten ihren Protest gegen eine Politik, die es nicht schafft, Mietensteigerung abzubremsen, mit steigenden

Die Ökonomin Isabella Weber hat den griffigen Begriff einer „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ geprägt. Ihr Kernargument: Wirtschaftliche Unsicherheit durch Inflation und Sparpolitik treibt Wählerinnen und Wähler zu den Extremisten. Wer die Rechtsextremsten bekämpfen will, der muss in den Sozialstaat, in Bildung und die öffentliche Daseinsvorsorge investieren. Es braucht eine Politik, die den Menschen Sicherheit gibt und die Angst nimmt und genug Geld für einen sicheren Lebensstandard in der Tasche lässt. dass existenzielle Ängste angesichts gesellschaftlicher Umbrüche ein zentraler Treiber rechtspopulistischer Wahlentscheidungen sind. Entscheidend ist dabei indes nicht, ob jemand tatsächlich von negativen Folgen der Globalisierung oder gesellschaftlichen Transformation betroffen ist. Es genügt, dass er oder sie sich bedroht fühlt.

Der wohl berühmteste Text zur Finanzierung von Rüstungsausgaben stammt von dem bedeutenden britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Als sich die britische Regierung auf einen möglichen Angriff der Deutschen Wehrmacht vorbereitete, publizierte er im Jahr 1940 ein Schrift unter der Frage «How to Pay for the War» mit dem Untertitel «A Radical Plan for the Chancellor of the Exchequer »? – Deutsch: Wie den Krieg finanzieren? Ein radikaler Plan für den Finanzminister. Damit die Finanzierung gerecht und fair erfolgen könne, war für Keynes eine Steuererhöhung für Vermögende unumgänglich.

Als Deutschland im Jahr 1957 die jetzige Form der umlagefinanzierten Rentensystem verankerte, hatte Deutschland Rüstungsausgaben in der Höhe von 4,1 Prozent des BIP. Auch nach 1970 gab es unter Bundeskanzler Willy Brandt in Zeiten der Hochrüstung im Kalten Krieg einen kräftigen Ausbau des Sozialstaates. Es ist also sehr wohl möglich, einen hohen Rüstungsetat mit einem Aufbau einer umlagefinanzierten Rente zu vereinbaren. Es war eine Periode im Kalten Krieg unter der Devise »Mehr Kanonen und mehr Butter«.

---

[1] Duque Gabriel, Ricardo; Klein, Mathias; Pessoa, Ana Sofia, The Political Costs of Austerity. Sveriges Riksbank, Working Paper Series, No. 418, unter: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/272875/1/1827171049.pdf (Zugriff am 12.10.2025) 30.

Die Alternative «Kanonen **oder** Butter» stellt sich nur dann als Sachzwang dar, wenn die Verteilungsverhältnisse nicht angetastet werden.. Ökonomisch gesehen können nämlich mehrere Ziele sehr wohl gleichzeitig verfolgt werden, wenn dies politisch gewollt wird. Doch dazu müsste der Staat den Konflikt mit den Vermögenden und Überreichen wagen, um die Einnahmeseite des Bundeshaushalts zu verbessern. Nötig wären Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen, also u.a. eine Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe, eine Vermögenssteuer, eine Reichensteuer oder eine faire Erbschaftssteuer

Die schuldenbasierte Aufrüstung führt zu zwei Folgen, die abschließend kurz dargestellt werden sollen:

1. Der bisherige Sozialstaat mit soziale Rechte für alle wird zum einen umgebaut zu einem autoritären Sozialstaat.
2. Bundesrepublik wird zu einer Militärrepublik mit der stärksten konventionellen Armee in Europa und einer starken Militärindustrie.

1. Der Umbau zum autoritären Sozialstaat

Es gibt eine Deckungslücke. Trotz des gewaltigen Schuldenpakets gibt es also ein gewaltiges Haushaltsdefizit. Der Ton gegenüber Menschen in Armut wird deutlich schärfer. Es sind somit erhebliche Einschnitte bei Sozialleistungen, beim Bürgergeld, der Rente zu erwarten. Dazu ein paar Fakten: Die Staatsquote, die das Verhältnis von gesamten staatlichen Ausgaben einschließlich der Sozialausgaben und dem BIP anzeigt, ist hierzulande mit 48,2 Prozent nicht nur geringfügig niedriger als der EU-Durchschnitt von 48,9 Prozent. Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland unter den 27 Ländern der OECD mit einem Zuwachs von insgesamt 26 Prozent auf dem drittletzten Platz, ist also im internationalen Vergleich eines der Länder mit dem geringsten Wachstum an öffentlichen Sozialausgaben in den vergangenen zwanzig Jahren.

Die Sozialausgaben liegen gemessen am BIP unter dem Niveau von 2015: Gemessen an der deutschen Wirtschaftskraft gibt der Bund aktuell nicht mehr für Sozialausgaben aus als vor zehn Jahren. Während sich die Wirtschaftsleistung in den vergangenen 25 Jahren verdoppelt hat, blieb der Anteil der Sozialausgaben – mit einigen Schwankungen in Krisenjahren – auf ähnlichem Niveau.

Was der Sozialstaat kostet, kann sich nur darauf beziehen, ob er uns das *wert* ist, was er uns kostet. Das Bürgergeld ist für den Haushalt unbedeutend. Beim Bürgergeld gibt es keine

wirklichen Einsparmöglichkeiten, denn die Höhe des Regelsatzes ist vom Bundesverfassungsgericht geklärt. Das wissen auch Merz und Linnemann. 63 Prozent des Sozialhaushalts werden für Renten, Pensionen, Pflege und Krankenversorgung verwendet, also für alte, pflegbedürftige und kranke Menschen. Eine Gesellschaft organisiert durch den Sozialstaat ihre Solidarität mit den Menschen, die Unterstützung brauchen. Die Frage lautet: Was ist einer Gesellschaft die Sorge für alte und pflegebedürftige Menschen wert. Was ist s ihr Wert, dass Armut bekämpft wird? Was ist es ihr Wert, dass jeder medizinisch gut versorgt wird? Was ist es ihr wert, wenn Arbeitslose Menschen Starthilfen durch Ausbildung oder Umschulung bekommen? Der Sozialstaat ist zuallererst unter diesen Aspekten zu diskutieren. Es sind Gesichtspunkt der Solidarität und Gerechtigkeit. Wer den Maßstab der Gerechtigkeit nicht anlegt, für den ist der Sozialstaat immer zu teuer. Es geht deshalb um die Reihenfolge: Was ist einer Gesellschaft die Sorge für alte, pflegbedürftige und kranke Menschen wert? Was bedeuten Solidarität und Gerechtigkeit ? Dann erste geht es um die Frage, wie wir das finanzieren wollen.

Merz sieht einen finanziellen Sachzwang zum Kürzen. Doch den gibt es nicht: Denn wenn es eine Haushaltslücke von 30 Mrd. Euro gibt, die zum Kürzen zwinge, sei an eine Studie von Oxfam erinnert: Der Verzicht auf die seit 1996 ausgesetzte Vermögensteuer hat den Überreichen in Deutschland über 380 Milliarden Euro beschert und die Gesellschaft gekostet. Gäbe es sie noch, dann wären die jährlichen Einnahmen aus der Vermögensteuer aus einer Studie von Oxfam auf etwa 30 Milliarden Euro gestiegen. Die Finanzlücke ließe sich gerechterweise schließen.

Warum gilt gerade der Sozialstaat mit seinen Leistungen bei Rente, im Gesundheitswesen oder Bürgergeld als Ressource, um Haushaltsdefizite zu schließen? Das geht um die Substanz des Sozialstaates, der Verfassungsrang hat. Im Sozialstaat sind die Bürgerinnen und Bürger nicht Bittsteller, sondern Inhaber von sozialen Rechten. Die sozialen Rechte können deshalb nicht in einer Konkurrenz zu «Kanonen statt Butter» stehen. Denn der Staat ist verfassungsrechtlich ein prioritäres soziales Staatsziel. Gleiches kann von der militärischen Aufrüstung nicht gesagt werden. Vorrang haben die sozialstaatlichen Aufgaben wie Soziales, soziale Sicherheit, Bildung oder sozialökologische Transformation. Der Sozialstaat ist nicht von der Haushaltslage abhängig und steht auch nicht zur beliebigen Disposition. Ein Staat, der es nicht schafft, soziale Rechte seiner Bürger im Sozialstaat zu garantieren, versagt politisch und verstößt gegen die Verfassung.

Friedensgebot der Verfassung

Das Grundgesetz enthält ein Friedensgebot als Verfassungsziel. Es will keinen Staat, in dem das Militär im Zentrum der Politik steht. Das Grundgesetz ist nach Wortlaut und Geist ein Manifest für Frieden. In seiner Präambel steht das Friedensgebot, dass „das deutsche Volk verpflichtet, dem Frieden der Welt zu deinen". Dienen schier grenzenlose Rüstungsausgaben dem Frieden der Welt? Anders als das Rechts- und dem Sozialstaatsgebot wurde das Friedensgebot juristisch jedoch weder ausgestaltet noch substantiiert. Das Grundgesetz lässt seit Mitte der 50er-Jahre Rüstungspolitik und militärische Sicherheitspolitik zwar ausdrücklich zu, setzt ihr aber mit dem Friedensgebot Schranken. Das Friedensgebot ist der Obersatz der Verfassung. Es ist keine schöne Verzierung, sondern das Prinzip, an dem sich alle anderen Normen der Verfassung messen lassen müssen. Die Aufhebung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben führt zum rasanten Wachstum der Rüstungsindustrie. Das Friedensgebot sollte eigentlich das Prinzip sein, das dies verhindert. Das grundgesetzlichen Friedensgebot wird in sein Gegenteil verkehrt. Gerade, wenn wir die sozialen Rechte im Sozialstaat schützen wollen, konkret: Wenn wir das Recht auf gute Pflege, Schutz vor Armut bei Arbeitslosigkeit, gute Krankenversorgung, gute KITAS für die Kinder sichern wollen, dann darf zur Finanzierung des Militärhaushalts nicht die soziale Grundlegung der Demokratie und ihre Grundausstattung im Sozialstaat herangezogen werden.

Zusammenfassung:

Das alte bundesrepublikanische Wachstumsmodell, das eine stabile, mobile Mitte ermöglichte, trägt nicht mehr. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Armen werden zahlreicher und die Reichen reicher. Die ökologischen Grenzen sind. Statt einer sozial-ökologischen Transformation wird ein militärisch-industrieller Komplex aufgebaut. Man will nicht mehr Wachstumsimpulse durch eine sozial-ökologische Transformation auslösen. Die einseitige Entscheidung für den Militär-Keynesianismus ist auch eine Entscheidung gegen den Klimaschutz.

Für die Rüstungsindustrie scheint gegenwärtig alles möglich, was für die zivile Wirtschaft nicht gelten soll: großzügige Finanzierung um den Preis eines wachsenden Staatsdefizits, langfristige Planung, staatliche Abnahme garantieren und eine Monopolisierung der Rüstungsindustrie. Der Haushalt der Regierung streicht die Mittel für humanitäre Hilfe um mehr als die Hälfte, in einer Zeit, in der Millionen Menschen von Hunger, Vertreibung und den

verheerenden Folgen der Klimakrise betroffen sind. Auch der Etat für des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit soll zum dritten Mal in Folge gekürzt werden. Wenn diese Kürzungen Realität werden, könnte Deutschlands Unterstützung auf nur noch 0,4 Prozent unserer Wirtschaftskraft sinken – weit unter den internationalen Verpflichtungen. Die Bundesregierung spart bei den Armen in Deutschland und weltweit.

Die Politik der Bundesregierung ist einseitig auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, sie höhlt den Sozialstaat aus und vertieft die soziale Spaltung in Deutschland vertiefen. Zugleich wird massiv aufgerüstet und im Sozialen soll gekürzt werden. Wir gehen auf einen Militärstaat mit der stärksten Armee Europas zu, der gezielt einen militärisch-industriellen Komplex aufbaut wird. Es ist an der Zeit, Widerstand zu leisten, damit nicht nach dänischem oder französischem Vorbild Feiertage für die Hochrüstung geopfert werden, Sozialabbau betrieben wird oder Arbeitsschutzrechten wie dem 8-Stundentag gefordert werden. Aus Gründen der Gerechtigkeit ist es deshalb an der Zeit für eine steuerpolitische Wende, die sich vom neoliberalen Zeitgeist der steuerlichen Entlastung und Privilegierung der Vermögenden und Überreichen verabschiedet.

Während in Deutschland die Sozialstaatswende ausgerufen wird, steigen erwartbar die Zustimmungsraten für die AfD. Der Aufstieg der AfD lässt sich nur verhindern, wenn es Proteste gibt, bei denen die Menschen spüren, dass ihre sozialen Rechte gesichert sind. Caritas und Diakonie sind gefordert, sich für die Rechte der Armen angesichts des Vorrangs der militärischen Aufrüstung stark zu machen. Nötig sind Bündnisse der Friedensbewegung mit den Kräften, die für einen ausgebauten Sozialstaat mit die sozialen Rechte der Menschen kämpfen. Denn der Kampf um soziale Rechte im Sozialstaat und der Kampf gegen den Militarismus gehören nicht nur zusammen. Es ist derselbe Kampf für den inneren Frieden durch den Sozialstaat und soziale Rechte und für den Frieden durch Abrüstung und Aufbau einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. Deshalb kann und muss es die Perspektive lauten: Butter und keine Kanonen!